

AHV: Jetzt stellt das Volk die Weichen

Streitgespräch über die 10. AHV-Revision, das Rentenalter für Frauen und die Ausbau-Initiative der Linken

Was hat die Gewerkschaften zum Referendum gegen die 10. AHV-Revision veranlasst? Weshalb machen die Sozialdemokraten nicht mit? Wieso treten die Bürgerlichen so entschieden für ein höheres Frauenrentenalter ein? Was ist von der Ausbau-Initiative zu halten? Die Aargauer Nationalrätin und SP-Fraktionspräsidentin Ursula Mauch, die Zürcher FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry und der Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Hugo Fasel, haben im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. Juni in einem Streitgespräch auf der TA-Redaktion ihre Haltung klargemacht.



■ MIT DEN DREI GÄSTEN SPRACHEN
VERENA THALMANN UND
RICHARD DIETHELM

Herr Fasel, als Präsident des kleineren der beiden Gewerkschaftsdachverbände waren Sie eine der treibenden Kräfte hinter dem Referendum gegen die 10. AHV-Revision. Weshalb?

Fasel: Die Basis hat uns früh eine ganz massive Ablehnung des höheren Frauenrentenalters signalisiert. Die Menschen sind in der Arbeitswelt unter Druck. Sie merken, dass das Rentenalter eher nach unten gehen müsste als nach oben, dass der Beschluss der eidgenössischen Räte völlig quer zur Entwicklung steht.

Frau Spoerry, Ihre Fraktion hat massgeblich dafür gesorgt, dass das höhere Rentenalter in die 10. AHV-Vorlage kam. Wieso haben Sie auf diese Änderung gedrängt?

Spoerry: Als wir in der nationalrätlichen Kommission beschlossen hatten, von der Ehepaarrente zum Splittingsystem überzugehen und die stossenden Ungleichheiten bei der AHV zu beseitigen, war es uns klar, dass man über das Rentenalter reden muss.

Haben Sie gar kein Verständnis dafür, dass die Frauen eher früher als später in Pension gehen möchten?

Spoerry: Sicher habe ich Verständnis. Aber wir haben einen Gleichstellungsartikel, der auch in den Sozialversicherungen verwirklicht werden muss. Die Frauen gehen heute drei Jahre früher in Pension und haben nach 65 eine vier Jahre längere Lebenserwartung als die Männer. Weil die Laufende AHV-Rechnung ab

«Nach meiner Einschätzung ist die Korrektur des Rentenalters eher durchzubringen» (Mauch)

Ende dieses Jahrzehnts auch bei erhöhtem Frauenrentenalter Defizite ausweisen wird, konnten wir das Rentenalter der Männer nicht senken. Drei Unterschiede zugunsten der Frauen bleiben bestehen: Das Rentenalter 64 statt 65, 12 Jahre lang den halben Kürzungssatz, beim Rentenvorbezug und eine bessere Witwen- als Witwerrente.

Frau Mauch, Sie sagen ja zur 10. Revision, wollen aber über die Auffang-Initiative den Rentenalterbeschluss wieder rückgängig machen. Weshalb bekämpfen Sie die Erhöhung trotz der angespannten Finanzlage bei der AHV?

Mauch: Die Frauen sind den Männern noch bei weitem nicht gleichgestellt. Beispielsweise ist es statistisch erwiesen, dass die Frauenlöhne immer noch 20–30 Prozent tiefer liegen als die Männerlöhne. Das bedeutet, dass die Frauen für sich wesentlich schlechter vorsorgen können. Wir finden es daher ausserordentlich problematisch, dass die Frauen für die wirklich sehr guten Verbesserungen in der 10. AHV-Revision bestraft werden, indem man ihr Rentenalter heraufsetzt. Dabei haben wir einen markanten Produktivitätsfortschritt in der Wirtschaft. Die Lebensarbeitszeit muss eher gesenkt als erhöht werden.

In der Beurteilung der Vorlage sind Sie sich mit Herrn Fasel eigentlich einig. Weshalb lehnt die SP die 10. AHV-Revision nicht ebenfalls ab?

Mauch: Es ist eine Frage der Risikoabwägung: Was kann man in einer nächsten Phase eher retten – die 10. AHV-Revision mit den wichtigen Frauenpostulaten oder das Frauenrentenalter? Nach meiner Einschätzung ist die Korrektur des Rentenalters eher durchzubringen, nicht im Parlament, aber in einer Volksabstimmung. Wenn dagegen die 10. Revision abgelehnt würde, müsste sie nochmals durch das Parlament. Daher überwiegt auch bei der SP die Meinung, es sei besser, hier zuzustimmen und nachher das Frauenrentenalter nochmals aufzugreifen.

Fasel: Das Vorgehen ist tatsächlich eine Einschätzungsfrage. Wir sind grundsätzlich pessimistisch, wenn das Rentenalter jetzt akzeptiert wird. Hinter diesem Entscheid steht nämlich ein ganzes bürgerliches Programm. Es ist auch deshalb schwierig rückgängig zu machen, weil nächstes Jahr die Revision der zweiten Säule anfangen sollte, die natürlich an die 10. AHV-Revision anknüpft. Wir haben den andern Weg eingeschlagen, aus folgenden Gründen: Erstens ist der erste Teil der Revision bereits in Kraft, und kaum eine politische Partei wird es wagen, den Rentnerinnen und Rentnern die dadurch verbesserten Leistungen wieder wegzunehmen. Zweitens muss ich die Leute, die sich jetzt so massiv für das Splitting engagieren, ernst nehmen. Drittens pokern wir nicht einfach, sondern wir haben die Auffang-Initiative gestartet. Sie ändert kein Jota an der 10. AHV-Revision ausser dem Rentenalter. Nach Annahme vom Volk kann sie direkt umgesetzt werden.

Frau Spoerry, wenn das Volk am 25. Juni Herrn Fasel folgt und die Vorlage ablehnt, tritt dann ein, was er skizziert hat? Können Sie sich vorstellen, dass die angeblich unbestrittenen Teile der 10. AHV-Revision ziemlich rasch wieder aufgenommen und gutgeheissen werden?

Spoerry: Selbst wenn Herr Fasel recht hätte, dass man das erste Paket nicht rückgängig macht, sind damit lediglich ein paar soziale Verbesserungen gewonnen – vor allem eine günstigere Rentenberechnung im unteren Einkommensbereich – aber die stossenden Ungerechtigkeiten des geltenden Rechts werden dadurch natürlich nicht beseitigt. Im Falle einer Ablehnung muss bei jeder neuen Vorlage die Finanzierung gelöst sein; es darf keine ungedeckten Checks geben. Damit steht ein Erfolg der Auffang-Initiative auf sehr wackligen Füßen.

Fasel: Frau Spoerry, wenn Sie zugeben, dass der erste Teil nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, dann sind die wesentlichen Ausgaben bereits beschlossen. Denn der zweite Teil mit Splitting und Betreuungsgutschriften kostet praktisch nichts.

Ich möchte noch etwas sagen zur Arbeitslosigkeit. Wir wissen zwar nicht, wie es diesbezüglich im Jahre 2020 aussieht. Sicher ist, dass die Erwerbsquote der Frauen eine wesentliche Rolle spielt: Zahlen sie mehr AHV-Beiträge, stellen sie praktisch die fehlenden Mittel zur Verfügung. Bei hohem wirtschaftlichem Wachstum ist für die AHV gesorgt. Bei einer Krise hingegen herrscht starke Arbeitslo-

«Wir sind grundsätzlich pessimistisch, wenn das Rentenalter jetzt akzeptiert wird» (Fasel)

sigkeit – dann verursacht das höhere Rentenalter unmittelbar massiv höhere Kosten bei der Arbeitslosenversicherung.

Spoerry: Das Frauenrentenalter wird im Jahr 2005 auf 64 Jahre erhöht. Weil aber bis 2009 nur teilweise gekürzt wird, kann man davon ausgehen, dass weiterhin sehr viele Frauen, die dies möchten, mit 62 Jahren die Arbeit aufgeben können. Der Arbeitsmarkt wird ausserdem dadurch entlastet, dass auch die Männer ihre Rente vorzeitig beziehen können. Man weiss ferner, dass ab 2005 jedes Jahr mehr Leute aus dem Erwerbsleben ausscheiden als neu eintreten.

Mauch: Sich früher pensionieren lassen kann nur, wer es sich leisten kann. Und das trifft insbesondere auf viele alleinstehende Frauen nicht zu, was ich ungerecht finde.

Spoerry: Auch beim flexiblen Altersrücktritt bleibt das Recht auf Ergänzungsleistungen bestehen. Übrigens bringt die Revision gerade den Frauen, die heute bei der AHV schlecht gestellt sind, Verbesserungen bis zu einem Viertel der Rente, so dass sie sogar auch dann besser fahren, wenn sie ab dem Jahr 2009 dem vollen Kürzungssatz unterworfen sind.

Fasel: Das gilt lange nicht für alle; häufig fällt in solchen Fällen die Rente tiefer aus als heute. Man kann doch nicht die Rentenformel verbessern, weil die untersten Einkommen eine zu kleine Rente haben, und ihnen handkehrum mit der Flexibilisierung wieder die ganze Verbesserung wegnehmen.

Am 25. Juni stimmen wir über eine zweite AHV-Vorlage ab, die sogenannte Ausbau-Initiative von SP und Gewerkschaften. Frau Mauch, was ist Ihnen daran besonders wichtig?

Mauch: Die Initiative stammt aus einer Zeit, als man punkto Wirtschaftsentwicklung noch etwas optimistischer war als heute. Teile davon – Splitting und Betreuungsgutschriften – wurden inzwischen in die 10. AHV-Revision aufgenommen, nicht aber die Ruhestandsrente. Zentral ist das Anliegen, einen Teil der Mittel der zweiten Säule auf die erste umzulenken:

von den privaten Pensionskassen auf die sozialere Volksversicherung. Die Renten würden um rund 470 bis 700 Franken im Monat angehoben. Die Entwicklung ist ja genau gegenteilig. Wir meinen aber, die AHV sollte mit der Zeit so ausgestaltet werden, dass sie nicht nur die Existenz sichert, sondern auch einen Beitrag an die gewohnte Lebenshaltung leistet. Die Initiative sollte etwas mehr Gerechtigkeit schaffen. Die einkommens- und vermögensstarken Schichten haben nämlich immer mehr und die am andern Ende des Spektrums immer weniger, d. h. die Schere geht laufend auseinander.

Glauben Sie, dass diese Initiative eine Chance hat?

Mauch: Darüber machen wir uns natürlich keine Illusionen. Die Initiative scheint heute teuer, die Kosten werden auf rund 8 Milliarden geschätzt. Nach Einsparungen bei Pensionskassen und Ergänzungsleistungen verbleiben Mehrkosten von 4,4 Milliarden pro Jahr. Zur Finanzierung wird der Bundesbeitrag von 20 auf 25 Prozent heraufgesetzt, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbleibt eine Mehrbelastung von weniger als einem Lohnprozent. Nicht ein riesiger Sprung, wenn man es recht bedenkt. Dennoch wäre es vielleicht nicht das Dümme-ste gewesen, wenn man die Initiative zurückgezogen und die sehr berechtigten Anliegen in die 11. Revision eingebracht hätte.

Frau Spoerry, die Initiative wird von allen bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft unisono abgelehnt. Weshalb?

Spoerry: Die Initiative würde die Volkswirtschaft mit etwa zweieinhalb zusätzlichen Lohnprozenten belasten, und das in einem Zeitpunkt, wo sie in einem schwierigen internationalen Wettbewerbskampf steht. Das wäre sicher nicht dazu ange-tan, in diesem Land neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem scheint es uns verfehlt, im heutigen Zeitpunkt das Umlageverfahren bei der AHV zu verstärken, weil es auf die Demographie besonders anfällig ist. Sozialpolitisch nicht gerechtfertigt ist ferner, dass die Initiative auch die Maximalrente aufstockt. Die 10. AHV-Revision geht in die richtige Richtung: Alle Verbesserungen erfolgen unterhalb der Maximalrente.

Fasel: Wir waren tatsächlich auch nicht begeistert, dass die Initiative nicht zurückgezogen wurde. Ich werde aber ein Ja einlegen, weil die Stossrichtung stimmt: Es nützt nämlich nichts, eine schöne zweite Säule zu errichten, wenn die Leute dazu teilweise gar keinen Zugang haben – wir brauchen zuerst eine starke erste Säule. Und noch etwas: Immer häufiger wird im Zusammenhang mit der AHV negativ über das Umlageverfahren gesprochen – wegen der Demographie. Es gibt aber auch eine umgekehrte Betrachtungsweise: Was sind meine Rentenansprüche bei der Pensionskasse später einmal wert, wenn der Teuerungsausgleich nicht gesichert ist?

Frau Mauch, die Ausbildungs- und Weiterbildungszeit nimmt zu, ebenso die Lebenszeit, während die Lebensarbeitszeit stabil bleibt oder sinkt. Beunruhigt Sie dies nicht im Hinblick auf die Altersvorsorge?

Mauch: Ich denke, der Schweizer Bevölkerung ist die AHV etwas wert. Solange die Wirtschaft die Armee mit drei bis vier Milliarden pro Jahr sponsert, sollte auch für die AHV noch etwas mehr drin liegen. Ausschlaggebend ist, was der Schweizer Bevölkerung in Zukunft wichtig ist. Im Wissen, dass die AHV steigende Kosten verursacht, hat sie dem Mehrwertsteuerprozent zugestimmt. Ich bin der Meinung, dass sie nach wie vor auch für eine gewisse Erhöhung der Lohnprozente zu gewinnen wäre, oder dann für mehr Mittel aus der Mehrwertsteuer. Richtig wäre auch eine kostenneutrale Umlagerung von der zweiten auf die erste Säule.

Was sind für Sie die entscheidenden Punkte im Hinblick auf die 11. AHV-Revision, was Finanzierung und Rentenalter betrifft?

«Wenn die 10. AHV-Revision durchkommt, dann haben wir aus meiner Sicht eine perfekte AHV» (Spoerry)

Spoerry: Wenn die 10. AHV-Revision durchkommt, dann haben wir aus meiner Sicht eine perfekte AHV. Dann geht es nur noch um die Frage, wie wir die Demographiekosten ab dem Jahr 2000 finanzieren. Das ganz grosse Schwergewicht wird das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent sein. Mit den zwei Milliarden im Jahr wird das drohende Defizit doch beachtlich gemildert. Dann müsste es möglich sein, die AHV bis auf absehbare Zeit mit den heutigen 8,4 Prozent zu finanzieren. In der 11. Revision müsste man nur noch über gewisse Änderungen im System diskutieren, sofern diese beiden Finanzierungsquellen nicht ausreichen.

Fasel: Die 11. AHV-Revision ist gegenwärtig eine Projektionsscheibe, auf die man alles abschieben kann, was man jetzt nicht will. Bevor man sich damit befasst, muss die Grundfrage geklärt werden, ob wir die zweite Säule weiter ausbauen wollen oder ob wir uns zuerst um die Existenzsicherung in der ersten Säule kümmern sollen.

Mauch: Erstens muss die Finanzierung auf eine gesunde Basis gestellt und zweitens das Rentenalter flexibler gestaltet werden, Stichwort Ruhestandsrente. Ich hoffe, dass wir anlässlich der 11. Revision in der Lage sind; Variantenabstimmungen vorzusehen, damit die Leute wirklich die Lösung wählen können, die ihren Wünschen entspricht.